

Plenar-Pressegespräch

Freitag, 19. Januar 2024, 10:00 Uhr

**Vorstellung der Initiativen der
CDU-Landtagsfraktion
für die Plenarsitzungen**

am 24. und 25. Januar 2024

mit dem
Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
Gordon Schnieder MdL

und der
bildungspolitischen Sprecherin
Jenny Groß MdL

1) Antrag

Intensivklassen einrichten, die Sprachkompetenz steigern und damit den Schulstart in das deutsche Schulsystem erleichtern

2) Entschließungsantrag

Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen –
 Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung
 Deutschlands im Unterricht thematisieren

3) Antrag

Kriminalprävention ist Kinderschutz
 Einführung eines Pilotprojekts nach Vorbild der Initiative „Kurve
 kriegen“ aus Nordrhein-Westfalen

4) Antrag

Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen und Binnenhäfen in
 Rheinland-Pfalz optimieren und zukunftsfähig entwickeln

5) Antrag

Rheinland-Pfalz steht entschlossen an
 der Seite unserer Bauern und Winzer

1) Antrag

Intensivklassen einrichten, die Sprachkompetenz steigern und damit den Schulstart in das deutsche Schulsystem erleichtern

Wir wollen jedem jungen Menschen optimale Erfolgschancen ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, streben wir eine **grundlegende Neugestaltung des Einstiegs in das deutsche Schulsystem für Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen** an.

Das bisherige Konzept der Immersion („Sprachbad“) wird den Herausforderungen nicht mehr gerecht

Ausreichende Deutschkenntnisse sowie Sprach- und Lesekompetenz insgesamt sind entscheidend, um sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler dem Unterricht folgen, die Inhalte aufnehmen und verarbeiten können.

Die Schülerschaft wird zunehmend heterogener, die sprachlichen Barrieren und Herausforderungen steigen. Deshalb liefert das bisherige Konzept des Deutschlernens durch Immersion („Sprachbad“) keinen effektiven Zugang mehr zur deutschen Sprache. Schülerinnen und Schüler können die deutsche Sprache nicht mehr "einfach so nebenbei" im Zuge des regulären Unterrichts erlernen.

Was schlagen wir vor?

Schülerinnen und Schüler, die neu in unser Schulsystem eintreten und keine oder nur geringe Deutschkenntnisse besitzen, sollen künftig in speziell eingerichteten **Intensivklassen** zunächst die deutsche Sprache erlernen. Im Fokus der Intensivklassen steht zum einen das Erlernen der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie das richtige Anwenden der Grammatik und des Fachwortschatzes. Genauso sollen die Schülerinnen und Schüler schulische Techniken und Arbeitsweisen erlernen.

Neben dem Spracherwerb sollen in den Intensivklassen auch demokratische Werte wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit altersgerecht vermittelt werden. Auf diese Weise leisten wir einen ersten Beitrag zur **Demokratieerziehung**.

Konkrete Ausgestaltung

- Entwicklung eines Leitrahmens, d. h. eines Konzepts für die Intensivklassen unter Einbeziehung von Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis. Dies umfasst Aspekte wie die pädagogische Ausgestaltung, Sprachtests, Klassenzusammensetzung und die organisatorische Struktur.
- Durchführung eines verpflichtenden Deutsch-Sprachtests beim Einstieg in das deutsche Schulsystem, der individuelle Defizite und Förderbedarfe identifiziert.
- Verpflichtender Deutsch-Sprachtest am Ende der Intensivklassen-Zeit.
- Aussetzung der Schulformzuweisung bis zur erfolgreichen Absolvierung der Intensivklasse.
- Teilnahme an gemeinschaftlichen, schulischen Veranstaltungen, wie Ausflügen o. ä. zur Integration ins Schulleben.
- Gemeinsame Beschulung mit Regelschülerinnen und -schülern in einzelnen, geeigneten Fächern, wie z. B. Sport, Kunst, oder Musik.
- Besondere Qualifikation der eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer (DaZ Qualifikation)

2) Entschließungsantrag

Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren

Während des **Schulbesuchstages** rund um den 9. November 2023 erlebten die rheinland-pfälzischen Abgeordneten wie präsent Antisemitismus in unserer Gesellschaft und in Teilen der Schülerschaft in Rheinland-Pfalz, tatsächlich ist. Vor diesem Hintergrund haben sich die **Abgeordneten der demokratischen Fraktionen unter Initiative der CDU** bei diesem Antrag zur **Bekämpfung von Antisemitismus** zusammengeschlossen.

Erkenntnisse aus unseren Schulen

Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel und der daraus resultierende Krieg ist natürlich auch Thema in den Klassenzimmern, auf den Schulhöfen und im digitalen Raum, in den Sozialen Medien, in den Messengern. Gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien zeigen sich in unseren Schulen dabei wie durch ein Brennglas: Auch hier werden in Teilen antisemitische Ressentiments geschürt, der schreckliche Angriff der Hamas auf Israel relativiert, das Verteidigungsrechts Israels infrage gestellt sowie das Existenzrecht Israels angezweifelt.

Es ist daher von großer Bedeutung, insbesondere Kinder und Jugendliche altersgerecht über die Geschichte und die sicherheitspolitische Lage Israels und des Nahen Ostens aufzuklären.

Wir müssen auf diese Weise Antisemitismus an Schulen weiterhin konsequent und präventiv entgegentreten.

Was schlagen wir als demokratische Fraktionen gemeinsam vor?

Vor diesem Hintergrund müssen rheinland-pfälzische Lehrkräfte und weitere Beschäftigte sowie Haupt- und Ehrenamtliche der Jugendarbeit sprechfähig sein und stetig in Form von Materialien für den Unterricht, Informationen, Handlungsempfehlungen sowie Weiterbildungsangeboten zum Nahostkonflikt und zum Kampf gegen Antisemitismus unterstützt werden. Zudem gilt es, ein Netzwerk von Ansprechpersonen für antisemitische Vorfälle für pädagogisches Personal aufzubauen. Hierfür kann an Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern angeknüpft werden.

Auch über den Schulkontext hinaus muss das Wissen über unsere freiheitlich demokratische Grundordnung immer wieder und auf allen Ebenen gefördert und gefestigt werden, damit ein friedliches Zusammenleben ohne Angst, egal welchen Glaubens oder welcher Herkunft, möglich ist. Unser Ziel ist es, alle Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Gedenkarbeit und Erinnerungskultur in Rheinland-Pfalz zu erreichen. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen die verschiedensten Akteure zusammenarbeiten: Gedenkstätten, Verbände, Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, Schulen und die weiteren Bildungsträger.

Der Antrag umfasst sowohl das grundlegende Bekenntnis Rheinland-Pfalz zum Recht Israels auf Selbstverteidigung und zum Existenzrecht Israels sowie die Verurteilung des Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

3) Antrag

Kriminalprävention ist Kinderschutz – Einführung eines Pilotprojekts nach Vorbild der Initiative „Kurve kriegen“ aus Nordrhein-Westfalen

Viele Jugendliche, die dauerhaft straffällig werden, beginnen ihre kriminelle Karriere häufig schon im Kindesalter. Einmal in der Abwärtsspirale, haben sie es schwer, dort wieder herauszukommen. Etwa **sechs bis zehn Prozent** aller tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen sind für **bis zu fünfzig Prozent** der Delikte dieser Altersgruppe verantwortlich. Aus ihnen können sich bei ungünstigen Rahmenbedingungen und ohne wirkungsvolle Intervention so genannte „Intensivtäterinnen und Intensivtäter“ entwickeln. Eine solche „Intensivtäterin“ oder ein solcher „Intensivtäter“ hinterlässt bis zum 25. Lebensjahr durchschnittlich bereits 100 Opfer, die er oder sie bestiehlt, beraubt, verprügelt oder anderweitig schädigt. Damit einher gehen etwa 1,7 Millionen Euro an sozialen Folgekosten, die er oder sie in dieser Zeit direkt oder indirekt verursacht.

Was tut Rheinland-Pfalz dagegen?

Wir haben in Rheinland-Pfalz keine wirkungsvollen Präventivmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche, die bereits durch Gewalttaten und Eigentumsdelikte aufgefallen sind, davor zu schützen, ganz auf die schiefe Bahn zu geraten und zu Intensivtätern zu werden.

Was ist unser Vorschlag?

- Wir wollen eine mögliche Entwicklung zum oder zur „Intensivtäterin“ oder „Intensivtäter“ frühzeitig erkennen und ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität verhindern. Je früher Auffälligkeiten erkannt und eine professionelle Intervention erfolgt, umso wahrscheinlicher ist es, negative Entwicklungen im Vorfeld verhindern zu können und schließlich die Anzahl der Opfer deutlich zu verringern.

- Um das zu erreichen, setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und dem Jugendamt. Gefährdete Kinder und Jugendliche erhalten eine individuelle Förderung. Diese setzen bei den jeweiligen Interessen und Fähigkeiten der Kinder und Jugendliche an. Ziel ist es, durch die verschiedenen Angebote die soziale Integration zu erreichen.
- Wir orientieren uns an der Initiative „Kurve kriegen“ aus Nordrhein-Westfalen, die seit 2011 sehr erfolgreich nach diesem Ansatz arbeiten. Von bislang 2.342 Teilnehmenden, haben 80 Prozent durchgehalten, an sich gearbeitet und somit die Kurve gekriegt.
- Auch in Rheinland-Pfalz soll deshalb ein Pilotprojekt zur Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität etabliert werden. Die Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche im Alterssegment von 8 bis 15 Jahren, die mit mindestens einer Gewalttat oder drei Eigentumsdelikten polizeilich in Erscheinung getreten sind und deren Lebensumstände derart risikobelastet sind, dass ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität droht.
- Das Projekt soll bereits im Laufe des Jahres 2024 beginnen. Besonders geeignet dafür ist ein Jugendamt, welches bereits Interesse signalisiert hat, bei einem Haus des Jugendrechts und der zuständigen Polizei. Die Kosten für ein solches Pilotprojekt werden im ersten Jahr auf ca. 165.000 Euro geschätzt. Diese sind aus dem Landeshaushalt zu tragen.

4) Antrag

Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen und Binnenhäfen in Rheinland-Pfalz optimieren und zukunftsfähig entwickeln

Die Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen und Binnenhäfen muss optimiert und zukunftsfähig entwickelt werden, damit diese auch zu jeder Jahreszeit und vor allem auch bei Niedrigwasser optimal genutzt werden können.

Was bedeutet Niedrigwasser für den Rhein?

Der Rhein ist eine der bedeutsamsten Wasserstraßen Europas, auf dem ca. 80 bis 85 Prozent des deutschen Güterumschlags in der Binnenschifffahrt transportiert werden. Auf ca. 300 Kilometer fließt der Rhein durch Rheinland-Pfalz und stellt eine direkte Verbindung zum wichtigsten Seehafen in Rotterdam sicher. Der Rhein ist daher für viele Unternehmen entlang des Flusses und damit auch für das Land insgesamt ein wichtiger Standortfaktor. Niedrigwasser hat dabei für die Wirtschaft erhebliche Auswirkungen:

- Weite Teile des wassergebundenen europäischen Güterverkehrs geraten ins Stocken.
- Die angespannte Lage nationaler und internationaler Lieferketten verschärft sich weiter.
- Eingeschränkte Beladungs- und Schiffskapazitäten haben weitreichende Folgen. Vor allem Schüttguttransporte sind betroffen; Umsatzeinbrüche von 50% der gesamten Branche sind in dieser Zeit die Folge
Beispiel „Kaub“: Ohne eine Vertiefung von 1,90 auf 2,10 Meter können Schiffe bei Niedrigwasser rund 200 Tonnen weniger Ladung aufnehmen -> Das entspricht einer Lademenge von 10 bis 15 LKW.

Gefahr erkannt und nicht gebannt

Der seinerzeitige rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Dr. Wissing hatte schon im Juni 2018 im rheinland-pfälzischen Landtag den Bund wegen einer zögerlichen Haltung bei der geplanten Vertiefung der Fahrrinne im Mittelrhein kritisiert. Als zuständiger Bundesminister hatte Dr. Wissing im März 2023 angekündigt, das geplante Planungsbeschleunigungsgesetz würde auch „mehr Tempo in die geplante Rheinvertiefung bei Kaub“ bringen. Tatsächlich wurde das Planungsbeschleunigungsgesetz im Bundestag ohne Rheinvertiefung eingebracht und beschlossen. Daher ist nach derzeitigem Stand frühestens in zehn Jahren mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen – obwohl die Abladeoptimierung im Bereich des Mittelrheins im Bundesverkehrswegeplan 2030 mit dem besten Nutzen-Kosten-Verhältnis qualifiziert wurde.

Zudem gibt kein ausreichendes Angebot von Liegeplätzen mit Landstromversorgung sowie Landgang- und Autoabsetzmöglichkeiten. Dies ist wichtig, da auch die Binnenschiffer Lenk- und Ruhezeiten einhalten müssen.

Für die Zukunftsfähigkeit der Binnenschifffahrt müssen die Bemühungen um eine Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen unterstützt werden und die Umstellung auf klimaneutrale Antriebe vorangetrieben werden.

Wie sieht unser Vorschlag aus?

- Der Binnenschifffahrt gehört mit den richtigen Weichenstellungen die Zukunft. Mit den richtigen Voraussetzungen ist und bleibt sie umweltfreundlicher als eine Verlagerung des Güterverkehrs von den Flüssen auf die Straße oder die Schiene.
- Es braucht daher
 - eine schnelle und dauerhafte Verbesserung der Abladetiefen Mittelrheinabschnitt und eine Genehmigungsbeschleunigung durch den Bund.
 - den Ausbau von Liegeplätzen und Landstromanschlüssen sowie von Landgang- und Autoablademöglichkeiten, möglichst im Wege einer Verlängerung der vom Bund kofinanzierten Förderung.
 - Anstrengungen zur „Antriebswende in der Binnenschifffahrt“ durch Markterkundungen und Vernetzungsaktivitäten sowie durch die Förderung der Weiterentwicklung alternativer Kraftstoffe.
 - eine ausreichende Versorgung mit Ladestrominfrastruktur auch für batterieelektrische Schiffe vorzubereiten und zu fördern.

5) Antrag

Rheinland-Pfalz steht entschlossen an der Seite unserer Bauern und Winzer

Für uns gilt ohne Wenn und Aber: Das Land Rheinland-Pfalz muss entschlossen an der Seite unserer Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Gartenbaus stehen. Die Landwirtschaft ist das Fundament unserer Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Land- und Forstwirtschaft erfüllen unverzichtbare gesellschaftlich anerkannte Aufgaben, beispielweise in der Energieerzeugung, dem An-

bau von nachwachsenden Rohstoffen, dem Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege. Unsere Bauern und Winzer sind fester Bestandteil im gesellschaftlichen Miteinander, wichtige Partner beim Brand- und Katastrophenschutz sowie bei der Brauchtumspflege.

Die geplanten Sparvorschläge der Bundesregierung, die ursprünglich zu einer zusätzlichen Steuerlast von circa 1 Mrd. Euro jährlich führen sollten, bringen in der gesamten Branche das Fass zum überlaufen. Dieser Unmut äußert sich berechtigt in vielen Demonstrationen und Kundgebungen.

Auch nach Rücknahme der geplanten Abschaffung der Kfz-Steuerbefreiung wird sich die stufenweise Abschaffung der Steuerrückerstattung beim Agrardiesel zu einer erheblichen finanziellen Belastung unserer Grünen Branche entwickeln.

Bei all diesen Aufgaben ist der Einsatz von Technik und damit auch der Verbrauch von Betriebsmitteln wie z. B. Diesel essenziell und aktuell alternativlos. Mit den Kürzungen entsteht ein massiver Wettbewerbsnachteil im europäischen Binnenmarkt beispielsweise mit Spanien, Belgien oder Dänemark. Die vorgesehenen Kürzungen belasten die gesamte Branche, aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher als Konsumenten.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, gegenüber der Bundesregierung klar und dezidiert für eine vollständige Rücknahme der Sparvorschläge einzustehen.